



FDP | 24.07.2015 - 15:30

RENTSCH: Grundlegende Kurskorrektur bei Energiepolitik notwendig

Wiesbaden. FDP-Bundesvorstandsmitglied FLORIAN RENTSCH, Vorsitzender des FDP-Bundesfachausschusses für Wirtschaft und Energie, erklärt zu explodierenden Entschädigungszahlungen für die Abregelung von Windkraftanlagen:

„Es ist völlig absurd, dass die Verbraucher nicht mehr nur Windstrom subventionieren müssen, sondern immer mehr auch dafür bezahlen, dass Windkraftanlagen nicht laufen. Das versteht kein Mensch mehr und zeigt den Irrsinn in der deutschen Energiepolitik.“

Binnen eines Jahres haben sich die Entschädigungszahlungen an die Betreiber von Windkraftanlagen nach Informationen des Wirtschaftsmagazins 'Capital' mehr als verdoppelt. Während 2013 das Abschalten von Windkraftanlagen die Stromkunden knapp 44 Millionen Euro kostete, waren es 2014 schon über 100 Millionen Euro. Für dieses Jahr rechnet allein Tennet, nur einer von vier Übertragungsnetzbetreibern, mit über 150 Millionen Euro an Entschädigungszahlungen. Diese Gelder zahlen die Verbraucher über höhere Netzentgelte und kommen zur EEG-Umlage noch dazu.

Bisher bezahlen die Stromverbraucher schon jährlich mehr als 23 Milliarden Euro für die Subventionierung Erneuerbarer Energien. Nun kommen noch dreistellige Millionenbeträge dazu, weil diese hochsubventionierten Anlagen die Netzstabilität gefährden und deshalb zwangsweise vom Netz genommen werden müssen. Das hat mit gesundem Menschenverstand nichts mehr zu tun.

Es bedarf dringend einer grundlegenden Kurskorrektur in der Energiepolitik. Statt ausufernder Subventionen an allen Ecken und Enden ist ein technisch und wirtschaftlich funktionierendes Gesamtkonzept notwendig. Die dramatischen Kostensteigerungen für die Zwangsabregelungen zeigen, dass der weitere Zubau von Windkraft keinen Sinn mehr macht. Wir sollten aufhören die Destabilisierung des Stromnetzes zu subventionieren, um auf der anderen Seite wieder viel Geld für die Sicherstellung ausgeben zu müssen.“

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/rentsch-grundlegende-kurskorrektur-bei-energiepolitik-notwendig>